

AHV21 – Eine bürgerlich geprägte Vorlage



2x JA zur AHV 21

Gemeinsam sichern wir unsere AHV



Alex Kuprecht
Ständerat SVP
Kanton Schwyz

Seit 1995 sind alle Revisionsvorlagen der AHV gescheitert. Es wird Zeit, dass wir mit dieser bürgerlichen Vorlage in dieser wichtigsten Sozialversicherung einen Schritt weiterkommen. Sie wurde von den bürgerlichen Parteien geprägt und verdient die volle Zustimmung. Beide Räte haben mit grossem Mehr und der geschlossenen SVP-Bundeshausfraktion zugestimmt.

Die AHV darf mit Recht als wichtigste Sozialversicherung unseres Landes bezeichnet werden. Als 1. Säule basiert sie auf dem Umlageverfahren. Die eingenommenen Beiträge werden direkt auf die Rentnerinnen und Rentner umgelegt. Allfällige Überschüsse wie auch Kapitalerträge gelangen in den Ausgleichsfonds. Dieser beträgt derzeit rund 46 Mia. und erreicht das Ziel einer Jahresreserve. Der Bund finanziert 21% der laufenden Renten.

Auswirkungen der Demographie

Die Stabilität der AHV ist massiv gefährdet. Dazu trägt der Umstand bei, dass die geburtenstarken Jahrgänge (1953 bis 1964) laufend das Rentenalter erreichen. Diese demographische Verschiebung wird grosse strukturelle Veränderungen in der Umlagerechnung mit sich bringen. Der Bestand an Zahlenden wird kleiner und die Anzahl an Bezüger und Bezügerinnen wird grösser. Die Beiträge reduzieren sich und die Last durch höhere Lohnabzüge

IN DIESER AUSGABE

| | |
|------------------------------------|-----|
| <i>Eidgenössische Abstimmung</i> | 1 |
| <i>Editorial</i> | 3 |
| <i>Kommentar</i> | 4 |
| <i>Bunte Seite</i> | 5 |
| <i>Eidgenössische Abstimmungen</i> | 6-7 |
| <i>Kantonale Abstimmungen</i> | 8 |
| <i>Aktuelles</i> | 10 |
| <i>Letzte Seite</i> | 12 |

für die jüngere Generation wird immer grösser. Es ist deshalb höchste Zeit zu handeln.

Gleiches Rentenalter für alle

Nachdem zu Beginn der AHV sowohl die Frauen als auch die Männer mit dem gleichen Rentenalter pensioniert wurden, reduzierte man dieses für die Frauen einst auf 62 Jahr und erhöhte es kontinuierlich auf 64 Jahre. Mit der Vorlage AHV21 soll wieder das gleiche Rentenalter für beide Geschlechter gelten. Das Rentenalter wird in vier Schritten, jeweils um drei Monate, angehoben. Danach gilt das Rentenalter 65. Das ist vertretbar und heute bei den meisten Frauen auch akzeptiert. Tatsache ist auch, dass die Lebenserwartung seit der Einführung der AHV massiv um über 12 Jahre zugenommen hat. Die Renten müssen länger ausbezahlt werden. Der Bedarf an finanziellen Mitteln wird also, nicht nur durch die immer grösser werdende Anzahl der Rentnerinnen und Rentner, sondern auch für eine wesentlich längere Bezugsdauer, zunehmen.

Massive Ausgleichsmassnahmen

Das Parlament hat für insgesamt neun Jahrgänge massive Aus-

gleichsmassnahmen in die Vorlage aufgenommen. Dafür stehen den betroffenen Frauenjahrgänge zwei Systeme zur freien Wahl zur Verfügung. Einerseits werden lebenslängliche Rentenzuschläge bis zu Fr. 160.- entrichtet. Massgebend ist das durchschnittlich erzielte AHV-Einkommen. Je höher dieses Einkommen (drei Stufen) desto tiefer fallen die Rentenzuschläge aus. Eine sozial verantwortbare Massnahme. Damit fliessen von den eingesparten Kosten von 1,4 Mia. Franken wieder rund 600 Mio. Franken zurück. Als zweite Variante kann die Rente immer noch ab Alter 62 vorbezogen werden. Dabei wurden die Kürzungssätze gegenüber heute massiv reduziert. So ist gewährleistet, dass sich das Lebensziel einer vorzeitigen Pensionierung, event. zusammen mit dem Mann, trotz einer dauerhaften, aber kleineren Renteneinbusse, weiterhin möglich sein wird.

Flexibilisierung des Rentenalters

Bis heute kann eine Rente nur als Ganzes vorbezogen oder aufgeschoben werden. Damit sind massive Renteneinbussen oder Rentenerhöhungen möglich. Dem Wunsch nach einem flexiblen Renteneintritt wurde

nachgekommen. Das Alter 65 gilt neu als Referenzalter. Bei Reduktion des Arbeitspensums ab dem Alter 63 kann künftig eine Teilrente bezogen werden. Das gilt auch dann, wenn über das Alter 65 hinaus noch bis 70 Jahre Teilzeit arbeitet wird. Beziehe ich die Voll- oder Teilzeitrente später, erhöht sich meine Rente. Damit werden im Zeichen des Fachkräftemangels auch Anreize für ein längeres Arbeiten geschaffen. Eine gute Sache über die man reden sollte! Arbeite ich über 65 Jahre hinaus, so kann ich meine möglichen Rentenlücken verbessern oder ausgleichen.

Höhere Mehrwertsteuer – aber verknüpft

Die zunehmende Anzahl der Rentenbezüger bedarf zusätzlicher finanzieller Mittel. Von zusätzlichen Lohnbeiträge ist man abgekommen. Mit der leichten und unterschiedlichen Erhöhung von maximal 0,4% sind auch die Rentnerinnen und Rentner im Boot der Refinanzierung. Das Parlament hat die Gesetzesvorlage der AHV also mit der Vorlage der Finanzierung verknüpft. Das eine gilt nicht ohne das andere. Keine Leistung ohne adäquate Finanzierung. Die AHV wird damit bis ins Jahr 2030 stabilisiert und der Bundesrat wurde bereits beauftragt, dem Parlament bis Ende 2026 eine Vorlage für die Stabilisierung der Periode 2030-2040 vorzulegen.

Die Weiche für eine bürgerliche Vorlage ist gestellt. Darum 2 x JA zur AHV- und Mehrwertsteuervorlage!

IMPRESSUM

Freiheitliche und konservative Zeitschrift für alle SVP-Mitglieder von Stadt und Bezirk Winterthur.

Herausgeber
SVP Stadt und Bezirk Winterthur

Erscheint
Viermal jährlich

Auflage
1'600 Expl.

Redaktionsleitung
Robert Winkler
direkt@svp-winterthur.ch
Tel. 079 896 46 06

Redaktion
Hans Brunner,
Maria Wegelin,
Felix Lisibach,
Therese Schläpfer,
Werner Schneider,
Simon Rüttimann

Druck
Printimo AG
Frauenfelderstrasse 21a
8404 Winterthur

Postadresse
SVP Winterthur
8400 Winterthur

ZKB, 8400 Winterthur
SVPdirekt
IBAN:
CH66 0070 0114 8049
9142 3

Inseratannahme
Werner Schneider
Tel. 079 696 47 31
w.o.schneider@glattnet.ch

Berücksichtigen Sie unsere Inserenten, denn sie ermöglichen Druck und Versand des SVPdirekt. Danke.



Wir müssen unserem Erbe Sorge tragen



Eine Woche lang sprangen meine Familie und ich über Stock und Stein, mühten uns entlang eines steinigen Bergbächleins den Berghang hinauf und genossen das wunderschöne Panorama entlang der Zugstrecke des Albulatal. Schon als Kind verbrachte ich meine Ferien in Bergün, während mein Vater jeweils Militärdienst leistete. Immer wieder beeindruckten mich die gewaltigen Eisenbahnviadukte, schlängelnde Tunneln und militärische

Verteidigungsanlagen. Ich staune was unsere Vorfahren geschaffen und uns hinterlassen haben. Ihnen verdanken wir wichtige Errungenschaften wie unsere SBB, top funktionierende Infrastrukturen, Schulen und Universitäten, eine starke Milizarmee und erfolgreiche Unternehmungen. Alle diese Leistungen wurden in herausfordernden Zeiten erbracht, als Wohlstand, Sicherheit und Freiheit noch keine Selbstverständlichkeit waren. Wenn ich mein 97-jähriges Grosi erzählen hörte, standen Verzicht, harte Arbeit und Opferbereitschaft an der Tagesordnung. Die Elektrifizierung im 19. Jh. war ein bedeutender Meilenstein in der Geschichte des jungen Bundesstaats Schweiz. Die Wasserkraft mit

imposanten Stauseen und später die innovative Kernenergie wurden vorangetrieben, wodurch die Stromversorgung robust, sauber und günstig wurde. Stromunterbrüche und verfallende Infrastruktur kannte man nur vom Ausland. Und heute? Für die heutige Generation sind Wohlstand und Sicherheit oftmals eine Selbstverständlichkeit geworden. Wir kümmern uns um die korrekte Platzierung eines Sternchens oder um die Frage, ob wir vier statt fünf Tage arbeiten wollen und warum die Deutschen eine 12-monatige Elternzeit haben und wir nicht. Ich stelle immer wieder fest, wie die Mehrheit im Kantonsrat das Gefühl hat, wir würden im Überfluss leben und könnten uns alles leisten.

Und eine (nicht nachhaltige) Zuwanderung zur 10 Millionen Schweiz? Kein Problem! Die Überbelastung unserer Infrastrukturen, Gerichte, Landschaft und Schulen durch die Einwanderung seit 2007 ist massiv. Der Bedarf für eine zusätzliche Million Einwohner waren 2730 Ärzte, 19'000 Pflegepersonal, 6950 Lehrpersonen, 1518 Schulgebäude und 450'000 neue Wohnungen. Wohneigentum für junge Familien – eine Wunschvorstellung. Was ist, wenn der Wohlstand der Schweiz versiegt und die Lebensqualität abnimmt, weil wir mit unserem Erbe schlecht gewirtschaftet haben? Was ist, wenn Kriege und Krisen immer näher nach Europa rücken, aber nur wenige bereit sind persönliche Opfer zu leisten und sich dem Wehrdienst zu widmen? Mir scheint, niemand wagt das Undenkbare zu denken.

Wir alle können auf unsere Grosseltern und Urgrosseltern zurückblicken, die zwei Weltkriege durchgehalten haben und trotz aussichtsloser Zukunft mutig vorangegangen sind. Bescheidenheit, Fleiss und den Willen zu Selbstbestimmung haben uns diese wunderbare und lebenswerte Schweiz gebracht. Halten wir an diesen Werten fest. Stehen wir zusammen und machen wir gemeinsam weiter.

Kalender

| Datum | Anlass | Ort |
|----------------------|--------------------------------------|---------------|
| 14. September 2022 | Parteiversammlung | Winterthur |
| 25. September 2022 | Abstimmungssonntag | |
| 9.-13. November 2022 | SVP an der WintiMäss | Winterthur |
| 16. November 2022 | Parteiversammlung | Winterthur |
| 27. November 2022 | Abstimmungssonntag | |
| 3. Dezember 2022 | Grossanlass mit KR Kandidaten | Kanton Zürich |
| 9. Dezember 2022 | Chlausabend | Winterthur |

Finden Sie weitere Informationen zu aktuellen Anlässen auf

 svp-winterthur.ch

 svp-bezirk-winterthur.ch

 svp-zuerich.ch



Tobias Weidmann
Bezirkspräsident SVP
Winterthur
Kantonsrat SVP
Kanton Zürich

Wirtschaftlicher Niedergang



René Isler
Kantonsrat SVP
Kanton Zürich

Am Ende des Tages erstaunt dann nicht weiter, dass nebst den Firmen auch immer mehr Wohlhabende den Kanton Zürich verlassen.

Liebe SVP-Familie, geschätzte Leserinnen und Leser. Als ich vor gut sieben Jahren, anlässlich einer Ratsdebatte im Kantonsrat postulierte, dass links-grüne Parteien unseren Wirtschaftsstandort nach sozialistischer Art langsam aber stetig an die Wand fahren würden, brach ein unglaublicher Shitstrom über mich herein und mein Votum wurde als irres, weltfremdes Geschwätz abgetan. Und wo stehen wir heute, nach einer bald 4-jährigen Ratsmehrheit der sogenannten linksgrünen Klima-Allianz und der selbstverschuldeten Energiekrise? Es ist so gekommen, wie ich es vorausgesehen habe. Am 7. August 2022 schrieb eine bekannte Wirtschaftszeitung; «Kein Kanton verliert so viele Firmen und Kapital, wie der einst stärkste Wirtschaftskanton Zürich!» Wie erschreckend diese Meldung ist, zeigen die ungeschönten Zahlen. Der Kanton Zürich, der «Wirtschaftsmotor der Schweiz», kommt für

über 20% der Schweizer Wirtschaftsleistung auf. Der bevölkerungsreichste Kanton beheimatet nicht nur beinahe 1,5 Mio. Menschen, sondern stellt auch jeden fünften Arbeitsplatz im Land. Im nationalen Finanzausgleich ist Zürich mit 500 Mio. Franken auch der grösste Nettozahler und kommt für 37% der Einzahlungen aller Geberkantone auf. Während also die Bevölkerung im Kanton Zürich stetig wächst, schrumpft die Anzahl der teils langansässigen Firmen rasant. So haben alleine im vergangenen Jahr rund 1500 Unternehmungen den Kanton Zürich verlassen und sind in einen anderen Kanton umgezogen. Nebst Harley-Davidson, Novartis, Wärsilä, Syngenta, Zimmer und viele anderen Unternehmen sind es auch immer mehr kleine Firmen, die aus dem Kanton Zürich wegziehen. Nebst den unattraktiven, sehr hohen Gewinnsteuern für Unternehmen sind es vor allem die zusehends einschneidenden Auflagen und absurden Vorschriften bezüglich

Energie, Verkehrs- und Parkplatzregime, Einschränkungen, Zwangsabgaben und gigantische Umverteilungen für weltfremde, ideologische Öko-Anliegen, welche für viele Firmen so nicht mehr getragen werden wollen. Am Ende des Tages erstaunt dann nicht weiter, dass nebst den Firmen auch immer mehr Wohlhabende den Kanton Zürich verlassen. Innert vier Jahren sind so rund 5 Mrd. Franken an Vermögen in andere Kantone abgewandert. Ich bleibe deshalb dabei. Wenn Innovation, Eigenleistung und Eigenverantwortung mehr und mehr verteuert und an den Pranger gestellt als gefördert wird, bleibt die Wirtschaft schädigend, linksgrüne Klima-Allianz der Untergang für unseren Werkplatz und die damit verbundenen Sozialwerke. Wer heute linksgrün wählt, erwacht morgen in der Steinzeit und in Armut. Das muss für uns alle ein Weckruf für die im kommenden Jahr stattfindenden Kantons- und Regierungswahlen sein. Die Wirtschaft und alle KMU-Betriebe werden es uns danken.

Einzeiler

- Veganer werden nicht beerdigt. Sie werden kompostiert.
- Lasst uns anfangen, sonst wird das Essen welk.
- Veganer bekommen keine Kinder, sie bekommen Sprösslinge.
- Wie nennt man eine Gruppe demonstrierender Veganer? Gemüseauflauf.
- Veganer essen nicht. Sie grasen.
- Wie nennt man einen dicken Veganer? Biotonne!
- Veganer furzen nicht. Sie lassen einen Farn.
- Wie eingefleischt können Vegetarier sein?
- Verstecken Veganer angemalte Kartoffeln zu Ostern?
- Veganes Essen ist voll lecker! Man muss nur Hackfleisch und Sahne zugeben – und das ganze dann mit Käse überbacken.
- Wie nennt man einen russischen Veganer? Mooskauer.
- Dieser Moment wenn der Dönermann das Fleisch schneidet und einem das Wasser im Mund zusammenläuft... ist das bei euch Veganern beim Rasenmähen auch so?
- „Warum weinst du? Ist jemand gestorben?“ – „Wegen der Zwiebeln!“ – „Jetzt übertreibt ihr Veganer aber völlig!“
- Es gibt keine dicken Veganer. Es gibt nur pflanzliche Fette.
- Was ist grün und steht vor der Tür? Ein Klopfsalat.
- Woran erkennt man eigentlich einen Veganer? Er wird es Dir erzählen.
- Wie nennt man militante Veganer? Salatisten.
- Wenn du traurig bist, denke daran: Veganer können nichts mit Käse überbacken.
- Dürfen Vegetarier Schmetterlinge im Bauch haben?
- Draussen liegt das erste Laub – wer von euch Veganern hat nicht aufgeessen?
- Bitte keine Blutorangen, ich bin Vegetarier.

Nein zur unnötigen Tierhaltungsinitiative



Martin Hübscher
Kantonsrat SVP
Kanton Zürich

Die Schweizer Nutztierhaltung hat weltweiten Vorbildcharakter. Die Initiative ist unnötig, vielmehr hat sie zahlreiche negative Folgen.

Den Schweizer Bauernfamilien liegen ihre Nutztiere am Herzen. Sie kümmern sich an sieben Tagen in der Woche und 365 Tagen im Jahr gut um sie. Die einheimische Landwirtschaft zeichnet sich durch ein extrem hohes Tierwohlniveau aus. Dafür sorgen:

- ein weltweit einzigartig strenges Tierschutzgesetz
- gesetzlich limitierte Zahl an Tieren pro Betrieb bei Hühnern, Schweinen und Kälbern
- sehr wirksame Anreizprogramme für besonders tierfreundliche Ställe und regelmässigen Auslauf im Freien
- zahlreiche weitergehende Labelangebote
- ein funktionierendes Kontrollsystem.

Der von der Initiative geforderte Standard existiert mit dem Bio-Angebot und anderen Tierwohllabels bereits. Wer tierische Produkte in diesem Sinn sucht, findet diese heute schon im Laden. Die Initiative ist folglich unnötig. Es ist auch absolut nicht stufengerecht, ja geradezu absurd, die Anforderungen eines privatwirtschaftlichen Labels in die Bundesverfassung zu schreiben. Sie würde den Verlust von Wahlfreiheit bedeuten, weil Fleisch, Milch, Käse oder Eier nur noch in Bioqualität und -preisklasse erhältlich wären. Das Angebot von Bio Fleisch ist heute in vielen Bereichen höher als die Nachfrage. So lassen sich beispielsweise nur 30 Prozent aller Mastschweine

über ein Tierwohllabel mit Mehrwert verkaufen obwohl über 60 Prozent aller Mastschweine in einem besonders tierfreundlichen Stall leben und auch nach draussen können. Die Umsetzung würde Tausende von zusätzlichen Ställen nötig machen, um die gleiche Menge an tierischen Lebensmitteln zu produzieren. Das würde die Landschaft zusätzlich verbauen und wäre wohl kaum im Sinne der Initianten. Bereits heute ist die Schweiz zur Versorgung der Bevölkerung auf umfangreiche Importe angewiesen. Diese würden

sich bei einer Annahme der Initiative speziell beim Geflügelfleisch, Eiern und Schweinefleisch stark erhöhen. Die Initiative sieht vor, dass für Importe von tierischen Produkten ebenfalls strengere Regeln gelten sollen. Die Regeln sind dennoch nicht in allen Ländern gleich. So hat beispielsweise ein Betrieb in Dänemark 230'000 Legehennen und produziert dennoch Eier nach Bio-Richtlinien. Die Initiative erreicht also genau das Gegenteil: Durch vermehrte Importe fördern wir noch mehr Tierhaltungen in Grossbetrieben.

Inserat

Seit 1972 verwaltet die **SISKA Verwaltungs AG** Liegenschaften für Private, Pensionskassen, Stiftungen und Immobilien-Gesellschaften. Wir entlasten unsere Auftraggeber auch von Steuererklärungen oder übernehmen auf Wunsch das Domizil und die Betreuung von Immobilien-Gesellschaften.

Neben der üblichen Verwaltungstätigkeit zählen Gesamt- und Teilsanierungen von Mehrfamilienhäusern, ohne den Mietern deswegen kündigen zu müssen, zu unseren Spezialitäten. Auch energetische Verbesserungen führen wir durch und kontrollieren die Effizienz.

Eine eigene Abteilung widmet sich der Verwaltung von Stockwerkeigentum.

Weitere Informationen und Referenzen senden wir Ihnen gerne zu:

Generelle Anfragen:
Rainer Heuberger, rainer.heuberger@siska-verwaltung.ch

Recht und Steuern:
Brigitte Heuberger-Blum, b.heuberger@siska-verwaltung.ch

Auf Ihre Kontaktaufnahme freuen wir uns.



SISKA Verwaltungs AG

Schaffhauserstrasse 9, Postfach 2338, 8401 Winterthur
Tel. 052 260 01 00, Fax 052 260 01 99
info@siska-verwaltung.ch, www.siska-verwaltung.ch

Und für Reinigungsarbeiten in Ihrer Wohnung, in Ihrem Haus oder der Büros empfehlen wir Ihnen die Firma unseres Sohnes Alexander Heuberger, die

Aksis Service GmbH, Tel. 052 260 01 70, info@aksis-service.ch

Ja Verrechnungssteuer: Ein Ja, das allen nützt

Thomas Matter
Nationalrat SVP
Kanton Zürich

Heute sind im Ausland Obligationen von Schweizer Unternehmen im Wert von 470 Milliarden Franken ausstehend. Und genau dieses Geschäft können wir bei einem Ja am 25. September zurückholen.

Die Verrechnungssteuer, über die wir am 25. September abstimmen, ist eigentlich ein Pfand, das zurückgefordert werden kann. Weil die Schweiz das Bankgeheimnis mittlerweile gegenüber Ausländern und juristischen Personen aufgegeben hat, braucht es diesen Sicherungszweck nicht mehr.

Bei den Aktien-Dividenden können ausländische Anleger von den 35 Prozent Verrechnungssteuer nur 20 bis 25 Prozent (je nach Doppelbesteuerungsabkommen) zurückfordern. Das heisst, 10 bis 15 Prozent bleiben beim Bund hängen, was einen Betrag von 5 bis 7 Milliarden Franken pro Jahr ausmacht. Darum werden auch künftig die Verrechnungssteuern auf Dividenden bewusst nicht aufgehoben. Bei den Zinsen auf Obligationen können fast alle ausländischen Anleger 100

Prozent zurückfordern. Nicht zurückgefordert werden nur etwa 91 Millionen Franken pro Jahr. Hingegen würde der Bund bei der Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinsen jährlich mit gegen 350 Millionen Franken profitieren. Dazu kämen noch einmal bis zu 200 Millionen Franken, weil Bund, Kantone und Städte von geringeren Zinskosten profitieren könnten. Heute vertreiben wir einen wichtigen Geschäftszweig nach Luxemburg oder London, wo es keine Verrechnungssteuer gibt. Wenn beispielsweise Nestlé eine Obligation in Schweizer Franken in Vevey ausgibt, fällt eine Verrechnungssteuer an. Die ausländischen Anleger kaufen aber keine Schweizer Obligationen mit Verrechnungssteuer, weil die Rückforderung im Ausland zu kompliziert ist. Wenn aber die gleiche Nestlé die gleiche Schweizer-Franken-Obligation in Luxemburg

emittiert, gibt es keine Verrechnungssteuer. Jetzt können Sie drei Mal raten, wo die Obligation von Nestlé gekauft wird. Die mittleren und grossen Schweizer Firmen haben einen zu grossen Finanzierungsbedarf, als dass die inländischen Anleger all diese Obligationen alleine kaufen können. Deshalb sind sie auf ausländische Anleger angewiesen. Heute sind im Ausland Obligationen von Schweizer Unternehmen im Wert von 470 Milliarden Franken ausstehend. Und genau dieses Geschäft können wir bei einem Ja am 25. September zurückholen.

Die Reform der Verrechnungssteuer ist eine Win-Win-Situation, die dem Staat und der Wirtschaft gleichermassen nützt. Wer hier wie die SP, die Grünen und die Gewerkschaften Nein sagt, ist entweder nicht ganz bei Trost oder ideologisch total verbohrt.

Liebe Leserinnen und Leser

Unterstützen Sie die wirtschaftsfreundliche Politik der SVP

Unterstützen Sie das SVPdirekt:

Wir erscheinen 4x jährlich und informieren umfassend über die Wahlen und wichtige Abstimmungen. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich. Ihr finanzieller Beitrag wird genutzt, um Druck und Versand zu finanzieren.

Herzlichen Dank
Redaktion SVPdirekt

Konto: 1148-4991.423
IBAN: CH66 0070 0114 8049 9142 3
SVPdirekt
Zürcher Kantonalbank
Winterthur

(P.S. Ihr Beitrag kann als Parteispende von den Einkommenssteuern abgezogen werden.)

**QR-Code
für die Einzahlung**



Ja zum Gegenvorschlag des Regierungsrates zur Kreislaufinitiative



Susanna Lisibach
Kantonsrätin SVP
Kanton ZH

Im September 2019 reichten die Jungen Grünen die Kreislauf Initiative ein mit dem Ziel, dass der im Kanton Zürich produzierte Abfall durch verschiedene gezielte Massnahmen verringert werden soll. Stoffkreisläufe sollten vermehrt geschlossen und der Verschwendung von Ressourcen ein Ende gesetzt werden. Diese und weitere Forderungen gingen dem Regierungsrat zu weit und es wurde ein Gegenvorschlag ausgearbeitet. Die Initiative richtet ihren Fokus primär auf den

Konsum und das daraus resultierende Abfallaufkommen der Verbraucher, wie zum Beispiel die in Plastik verpackte Salatgurke und den Foodwaste. Dies ist aber nur ein kleiner Teil des gesamten Abfalls. Jährlich entstehen im Kanton 4,2 Millionen Tonnen Abfall. Das entspricht im Schnitt pro Kopf drei Tonnen. Nur ein Viertel dieser drei Tonnen ist das, was man gemeinhin unter Abfall versteht – Haushalt- und Industrieabfall. Der Rest ist Bauschutt. Bereits heute hat der Kanton Zürich bei der Schonung von Ressourcen, Reduktion von Umweltbelastungen und recyceln von Abfällen

viel erreicht. Zwei Drittel aller Abfälle werden schon separat gesammelt und recycelt. Weil der Rest auf Deponien entsorgt wird, gehen zum Teil Ressourcen verloren. Der Regierungsrat will aber, dass für einen schonenderen Umgang mit Rohstoffen und Materialien gesorgt, und die Schliessung der Stoffkreisläufe verstärkt wird. Dies könnte sich positiv auf den Wirtschafts- kanton Zürich auswirken, indem Innovationen und Entwicklungen von umweltfreundlichen Techno- logien gefördert werden. Eine erhöhte Rohstoff-Versorgungssicherheit ist gegenüber schwankender Rohstoff-

preise und internationalen Krisen resistenter. Des Weiteren wird beim Gegenvorschlag die ganze Versorgungskette erfasst, von der Produktion zum Konsum bis hin zum Abfall. Mit wirtschaftlich verträglichen und gesellschaftlich akzeptierten Massnahmen kann so der Weg zur Versorgungssicherheit eingeschlagen werden, da beim Gegenvorschlag in allen Bereichen angesetzt wird, inklusive der Produktion von Gütern und des Bauwesens. Der Kantonsrat stimmte mit 160 zu 0 Stimmen zu. Weil es sich um eine Verfassungsänderung handelt, muss das Volk darüber abstimmen.

Nein zur kantonalen Volksinitiative "Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre"



Karl Heinz Meyer
Kantonsrat SVP
Kanton Zürich

Schon der Titel der Initiative stimmt nicht. Ich habe es jedenfalls noch nie erfahren, dass der Staat mir in meinen 40 Jahren, wo ich Steuern bezahlt habe, ein Steuergeschenk gemacht hat. Oder kann mir jemand davon berichten? Auch unser Finanzdirektor Ernst Stocker konnte mir auf Anfrage keine Hoffnung auf ein Steuergeschenk machen. Dann sind da noch die Grossaktionäre. Per Definition der Initianten sind Grossaktionäre jemand, der 10% der

Aktien eines Unternehmen besitzt. Für mich ist ein Grossaktionär jemand, der mindestens 30% eines Unternehmen besitzt. Die Initiative will, dass die Teilbesteuerung von Dividenden der «Grossaktionäre» von 50 auf 70% erhöht wird. Ironischerweise würde die Mehrbelastung bei einem Gewinn von CHF 100'000.- 7.1% betragen bei einem Gewinn von 1 Million würde die Mehrbelastung nur 6.1% betragen. Auch hier zeigt sich exemplarisch auf, dass die vielen KMU's eine grössere Belastung zu tragen haben als die Grossaktionäre. Haben die Initianten das Prozentrech-

nen verlernt? Oder warum werden hier die Grossaktionäre besser gestellt? Es gilt auch eine Gesamtschau zu machen. Bei den Unternehmenssteuern ist der Kanton Zürich so ziemlich am Schluss der kantonalen Rangliste. Und dies ist für den grössten Wirtschaftsmotor der Schweiz ein Armutszeugnis. Auch bei den Gewinnbesteuerung im Vergleich zu den umliegenden Kantonen ist Zürich mit 19.7% am Schluss. Schaffhausen 14.03%, Thurgau 13.40% St. Gallen 14.50% Schwyz 14.06% Zug 11.91% und Aargau 15.1-18.60%. Nun, in Tat und Wahrheit

geht es hier um eine Steuererhöhung auf Unternehmensgewinne. Der Kanton Zürich hat in den letzten 2 Jahren über 2 Milliarden Überschuss eingefahren, da kann er gut auf die 40 Millionen Mehreinnahmen verzichten. Wir dürfen es nicht zu lassen, dass noch mehr Firmen in die Nachbarkantone abwandern. Wir müssen unseren Kanton für unsere Unternehmen attraktiver machen und nicht schädigen! Lehnen wir diese unnötige Vorlage ab! Sie kommt aus der sozialistischen Mottenkiste und ist dem Neid geschuldet.

Nein Geldverschwendung im Winterthurer Rathaus?

Thomas Wolf
Stadtparlamentarier
SVP Winterthur

Aus SVP-Sicht wurde im Rathaus schon oft Geld verschwendet. Neu daran ist, dass im Rathaus unnötige Ausgaben geplant sind. Vorgeschichte: Der damalige Gemeinderats-Präsident Daniel Oswald (SVP) hat 2020 die Renovation angestossen. Die geplanten CHF 371'000 wurden im Parlament im Herbst 2021 bewilligt. Die restlichen Kosten von CHF 1'451'000 wurden vom Stadtrat als gebunden beurteilt und gesprochen. Zur Detailberatung wurde eine Kommission aus Ratsmitgliedern gegründet.

Um einen Eindruck eines modernen Parlamentsbetriebes zu erhalten, wurde der Ratssaal von Glarus besucht, dort wurde modernste Technik installiert: Automatischer Kamerazoom auf den Sprecher, elektronische Protokollerfassung, Livestream etc. Da konnte die Grossstadt Winterthur nicht hinteransehen. Flugs wurde von der damaligen SP/Grüne-Ratsleitung ein Zusatzkredit zur Aufrüstung von fast 1 Million Franken gefordert. Neu also Total Kosten von über CHF 2,4 Millionen! Dies verteilt sich auf 60 Parlamentarier und jährlich 14 Sitzungen, welche in der Regel etwas über 4 Stunden dauern. Die Befürworter konnten die Abstimmung im Rat gewinnen. Eine Minderheit aus SVP, FDP und der Mitte hat dagegen das Referen-

dum ergriffen. Die Saalrenovation ist nach 50 Jahren angebracht, ebenso der Einbau von Steckdosen am Arbeitsplatz, Beamer und einer Mikrofonanlage. Nun hat der Winterthurer Stimmbürger die Möglichkeit, den Grössenwahn zu beenden. Es gibt in Winterthur dringendere Probleme! Der hohe Unterhaltsaufwand und die technische Komplexität, welche einer Anwendung zu oft im Wege steht, werden nirgends erwähnt. Jede Informatiklösung ist morgen veraltet und übermorgen wird nichts mehr unterstützt, so dass dann erneut investiert werden muss. Die SVP wird den Abstimmungskampf aktiv begleiten und ist sich sicher, dem Steuerzahler unnötige Ausgaben zu ersparen.

**Rathaus renovieren
Ja – jedoch nicht für
2.4 Millionen! Stoppt den
Grössenwahn linker
Parlamentarier.**

Vorlage «Moderne Technik im Stadtparlamentssaal»

1 MILLION
für Luxus-
Stromfresser
im Rathaus?
NEIN

Die Mitte
Stadt Winterthur

FDP
Die Liberalen

SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Identitätsprobleme in der Schweiz - eine Parallele zum Klimawandel? Ein Kurzbericht



Philipp Angele
Stadtparlamentarier
SVP Winterthur

Es ist aber offensichtlich, dass der Klimawandel ein globales und sehr langfristiges Thema für die künftigen Jahre sein wird. Hingegen bei den Identitäts- und Gesellschaftsthemen müssen wir als Nation nicht anderen gefallen.

Samstag 8.30 Uhr, im August 2022 in Kreuzlingen TG, am Bodensee. Es fällt sofort auf, dass der Wasserstand minimal ist. Objektiv sind wir uns alle einig, es fehlt gegenwärtig gehörig an Wasser. Der Pegelstand des Bodensees ist gegenüber dem Vorjahr um rund 1 Meter tiefer als sonst üblich. Dies gibt Anlass genug, um nachzudenken und zu reflektieren. Die Wissenschaft sieht die Ursache für Wasserknappheit in einem gestörten Ökosystem (siehe dazu auch Debatte über Klimawandel) begründet. Fakt ist, dass sich Wetterextreme über einen Beobachtungszeitraum in den letzten 30 Jahre stark gehäuft haben und dies für uns alles andere als eine erfreuliche Ausgangslage darstellt. Die Landwirtschaft kämpft mit Trockenheit (Ernteausschlag) und die Versorgungswege über den Rhein (Güterhandel) wurden bereits reduziert und

eingeschränkt. Können wir diese Dysbalance noch zurückdrehen – es bleibt eine Herkulesaufgabe auf globaler Ebene für die kommenden Jahre bzw. Jahrzehnte mit ungewissem Erfolgsausgang. Ganz anders sieht es aus bei den Identitäts- und Gesellschaftsthemen auf nationaler Ebene. Wenn man hier Touristen befragt, dann wird die Schweiz oft als Paradies und quasi «perfekter Lebensort bzw. Staat» genannt. Es scheint mir hierbei nochmals wichtig zu erwähnen, dass dies die Früchte aus jahrzehntelanger Generationenarbeit, Mühseligkeit und konsequente Verfolgung des Schweizer Weges sind. Tragen wir also zu unseren kulturellen Werten und unserer Identität Sorge, denn hier haben wir das Zepter als Herr und Frau Schweizer noch in der Hand! Ein inflationärer Abbau bestehender Schranken wie aus linken Kreisen gefordert, ist beispielsweise die Etablierung eines Ausländerwahlrechtes, ein Verbot von Schweizer

Volkslieder an öffentlichen Schulen, Abschaffung des Schwimmunterrichtes und so weiter. Dies sind äusserst gefährlich gesellschaftliche Tendenzen. Diese kurzfristigen Machenschaften legen den Fokus nämlich stark auf das Individuelle und lassen die gesellschaftlichen Werte bzw. das Kollektiv aussen vor. Dabei wird fälschlicherweise argumentiert, dass dies der Integration helfen soll und auch den nötigen Respekt gegenüber anderen Kulturen erbringt. Direkte Parallelen sind so nicht erkennbar. Es ist aber offensichtlich, dass der Klimawandel ein globales und sehr langfristiges Thema für die künftigen Jahre sein wird. Hingegen bei den Identitäts- und Gesellschaftsthemen müssen wir als Nation nicht anderen gefallen. Vielmehr sind wir gefordert, dass wir alles daransetzen, das Paradies «Schweiz» mit seinen stabilen und verlässlichen Werten für uns und die kommenden Generationen weiterhin zu erhalten.

Stefan Gubler direkt



| | |
|---------------------------|--|
| Alter: | 56 |
| Zivilstand: | verheiratet (seit 30 Jahren) |
| Kinder: | 2 |
| Augen: | blau |
| Haare: | früher hellbraun und mehr, heute graumeliert |
| Grösse: | 1.83 m |
| Beruf: | Bankangestellter |
| Erstes Geld: | 5.- pro Stunde bei einem Maschinenhersteller mit 14 Jahren |
| Liebingsgetränk: | Eistee |
| Liebingsessen: | Rahmschnitzel mit Nüdeli, Kartoffelstock mit Seeli |
| Liebingsmusik: | je nach Stimmung von Schlager bis Hard Rock |
| Funktionen in der Partei: | Stadtparlamentarier in Winterthur |
| Hobbies: | Motorradfahren, Velofahren, MTB und Skifahren |

Lieber Stefan, Was sind deine Ziele für die SVP?

Ich setze mich für die Interessen der Winterthurer-Bevölkerung ein, welche die Werte Schweiz, Freiheit und das Motto: «leben und leben lassen» ebenfalls wichtig ist.

Wo und wie bist du aufgewachsen?

In Winterthur, als es noch eine Industriestadt war, in geregelten Verhältnissen mit meinem Bruder René. Nach der Lehre als

Maschinenmechaniker ging ich ein paar Jahre auf Montage, vorwiegend im asiatischen Raum.

Wie bist du zur SVP gestossen?

Bei einem Elterngespräch in der Schule meines Sohns Matthias und dem damaligen Schulpfleger Josef Lisibach, welcher mich sehr beeindruckte.

Welches sind deine politischen Schwerpunkte?

Vernünftige Verkehrsplanung, ein Miteinander

und nicht Gegeneinander. 30er-Zonen auf Quartierstrassen aber nicht auf Hauptverkehrsachsen.

Wie verbringst du deine Freizeit?

Mit meiner Familie und Freunden das Leben geniessen. In unserem Quartierverein Eichwäldli bin ich im Vorstand tätig. Wir organisieren zahlreiche Aktivitäten für unsere Bevölkerung, sei es Racletteplausch, Lotto, Jassen, Eiersuche,

Kinderbasteln und vieles mehr.

Wie siehst du die SVP in der Zukunft?

Ich hoffe sehr, dass die Stimmbürger sich wieder mehr unserer Werte und unseres Landes besinnen und die SVP auch in den Städten stärker positioniert wird. Zu fordern ist eins, jedoch, wer soll am Schluss alles bezahlen?

Inserat

PRINTIMO.
MEHR ALS
NUR DRUCK.



Printimo AG
 Frau enfelderstrasse 21a
 8404 Winterthur
 Telefon 052 262 45 85
 info@prin.imo.ch
 www.pr.ntimo.ch
© 2022 Printimo AG



Parolen

25. September 2022

Eidgenössisch

AHV21

2 x Ja

Massentierhaltungsiniziativa

Nein

Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer

Ja

Kantonal

Gegenvorschlag zur «Kreislauf-Initiative»

Ja

Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre

Nein

Städtisch

«Moderne Technik im Stadtparlamentssaal»

Nein

Was darf auf meinen Teller?



Felix Lisibach
Redaktor
SVPdirekt

Während ein Rindsbraten vor 60 Jahren noch ein teurer Genuss war, welchen man sich als mehrköpfige Familie maximal einmal in der Woche leisten konnte, können sich heute auch Menschen mit weniger finanziellen Mitteln Fleisch leisten. Im Sinne einer freien Marktwirtschaft muss dies aufrechterhalten werden, um so den Schweizerischen Wohlstand allen Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen. Die Massentierhaltungsiniziativa greift dies mit ihrem Ernährungsdiktat direkt an.

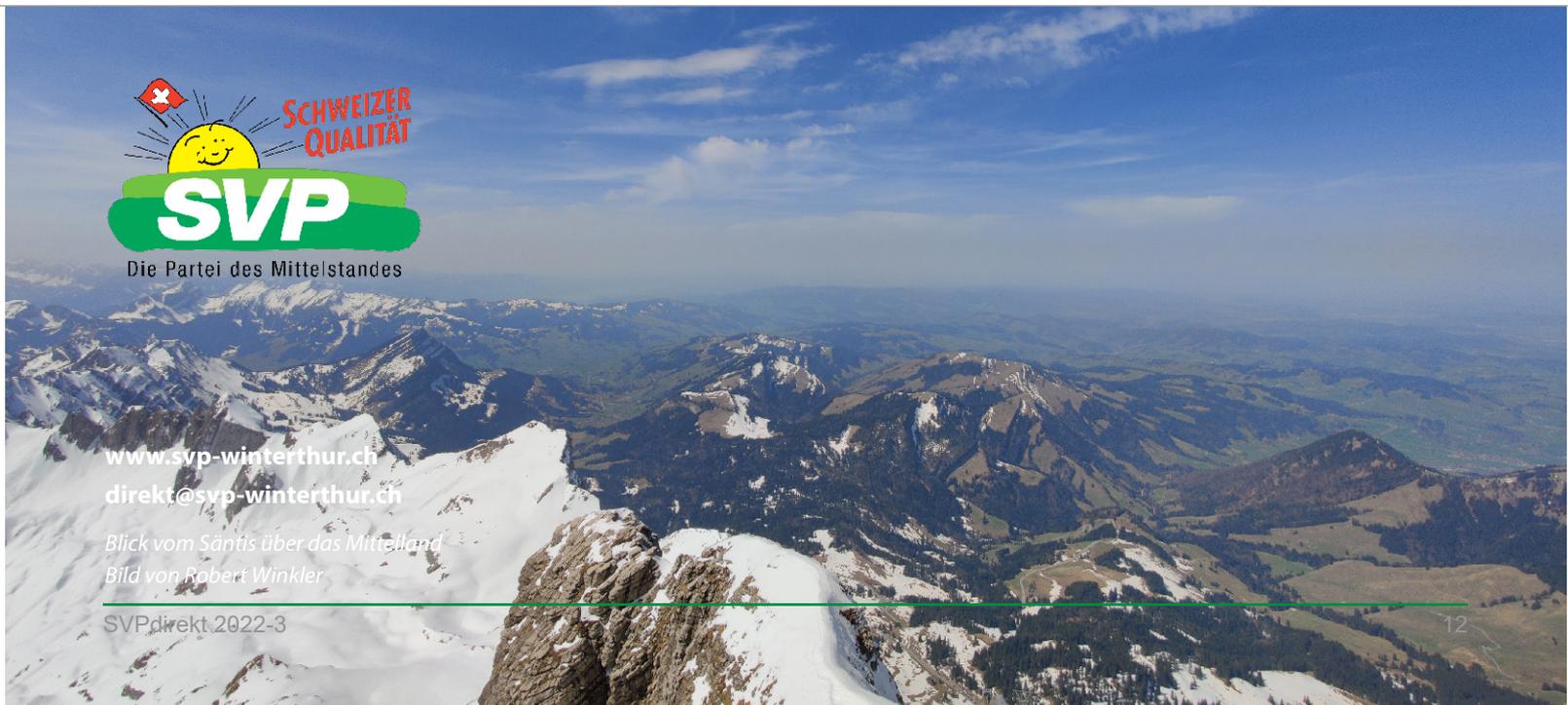
Die Initianten der Massentierhaltungsiniziativa werfen den Schweizer Landwirten zu unrecht vor, dass unsere Tierhaltung unwürdig ist. Wir von der SVP sind aber überzeugt, dass die Schweizer Landwirtschaft bereits jetzt einen sehr hohen Tierhaltungs-Standard verfolgt.

Trotzdem stossen sich viele am eventuell vorherrschenden Gedanken, dass man «nur» das Filetstück eines Tieres essen kann und somit Verschwendung betreibt. Wir von der SVP verfechten aber klar den Ansatz, dass wenn man tierische Produkte verwendet, für welche man ein Tier tötet, man dem gemäss dem Konzept «Nose-to-Tail» - also die Verwendung des gesamten Nutztieres - vorgehen muss. Dies aus Respekt vor dem Tier und der Natur.

In einen ähnlichen Gedanken fällt die Überzeugung, dass regional gekauft werden soll und muss, damit wir ein stabiles und vernünftiges Preisniveau garantieren können. Fleischprodukte sollen nämlich allen zugänglich sein und nicht nur der Oberschicht. Dennoch wählen leider viele Menschen anstatt des regionalen Bio-Produktes lieber die günstigere importierte Alternative. Die Initian-

ten wollen die Umwelt schützen mittels ihrer Initiative. Wir sind uns aber sicher, dass es auch einen einfacheren Weg gibt die Umwelt zu schützen als mit einer Initiative, welche dem Bürger vorschreiben will, was er zu essen habe. Die Antwort ist ganz einfach: regionale Produkte unserer Landwirte. So können nämlich nicht nur die schädlichen Transportwege sondern auch ein Preis-Dumping vermieden werden.

Wir von der SVP versuchen dem Tier- und Umweltschutz wo immer möglich zu dienen. Aber genauso setzen wir uns für eine freie Marktwirtschaft und vor allem für individuelle Freiheit ein. Die Initiative setzt beides leichtfertig aufs Spiel nur um einen bereits hervorragenden Standard vermeintlich noch weiter zu verbessern. Ich weiss, was ich am 25. September auf meinen Abstimmungszettel schreiben werde. Und Sie?



www.svp-winterthur.ch
direkt@svp-winterthur.ch

Blick vom Säntis über das Mittelland
Bild von Robert Winkler